



Bayerisches Ministerialblatt

BayMBl. 2021 Nr. 628

8. September 2021

7912.4-U

Änderung der Richtlinien zum Bibermanagement

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

vom 29. Juni 2021, Az. 67d-U8644.31-2018/16-31

1. Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz über die Richtlinien zum Bibermanagement vom 25. November 2020 (BayMBl. Nr. 746) wird wie folgt geändert:
 - 1.1 In Nr. 2.1 Satz 10 werden die Kontaktdaten der Bibermanager wie folgt geändert:

„Südbayern:
Herr Gerhard Schwab, Tel. 0172 / 6826653
GerhardSchwab@online.de

Nordbayern:
Frau Berit Arendt, Tel. 0160 / 5675302
Berit.Arendt@bund-naturschutz.de“
 - 1.2 In Nr. 2.4.1 Satz 1 werden nach dem Wort „Staates“ die Wörter „als Billigkeitsleistung gemäß Artikel 53 Bayerische Haushaltsordnung (BayHO)“ eingefügt.
 - 1.3 Die Anlagen 3 und 6 werden nach Maßgabe der dieser Bekanntmachung als Bestandteil beigefügten Anlagen neu gefasst.
2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Juni 2021 in Kraft.

Dr. Christian B a r t h
Ministerialdirektor

Anlage 3**zu den Richtlinien zum Bibermanagement, Stand: 25.11.2020****Musterbescheid – artenschutzrechtliche Fang- und Tötungs-/Abschussgenehmigung für Biber (außerhalb Natura 2000-Gebieten)**

Hinweis: kursiv gedruckte Felder sind alternativ anzuwenden

Adressat

**Artenschutzrecht;
Genehmigung zum Fang und Tötung/zur Tötung von Bibern**

Sehr geehrte(r),

mit Schreiben vom haben Sie die Genehmigung *zum Biberfang/zum Abschuss von Bibern* für die Grundstücke *Fl.Nr., Gemarkung...../für.....* beantragt.

Nach Überprüfung der Sach- und Rechtslage erlässt die Kreisverwaltungsbehörde als untere Naturschutzbehörde folgenden

Bescheid:

1. Dem/Der Antragsteller(in) wird die Genehmigung zum Lebendfang von Bibern für *die Grundstücke Fl.Nr., Gemarkung/für* sowie deren anschließender Verbringung zur *Durchführung von Ansiedlungsprojekten* erteilt. *Für den Fall, dass ein Export der Tiere nicht möglich oder eine artgerechte Unterbringung bis zu diesem Zeitpunkt nicht gewährleistet ist, wird hiermit die Genehmigung zur Tötung erteilt.*

Dem/Der Antragsteller(in) wird die Genehmigung zum Abschuss von Bibern auf den Grundstücken *Fl.Nr., Gemarkung/für* erteilt.

Die Genehmigung gilt auch für die von dem/der Antragsteller(in) mit dem Fang, der Verbringung oder Tötung beauftragten Person.

2. Die Genehmigung wird mit folgenden Nebenbestimmungen versehen:

2.1. Befristung:

Die Genehmigung gilt *von der Zustellung dieses Bescheids bis zum/von Anfang September bis Ende März des Jahres*

2.2. Widerrufsvorbehalt:

Die Kreisverwaltungsbehörde als untere Naturschutzbehörde behält sich den Widerruf dieser Genehmigung vor.

2.3. Auflagen:

- a) *Die Fangaktion einschließlich der Verbringung und eventuell erforderlichen anschließenden Tötung der gefangenen Tiere/Der Abschuss der Tiere ist in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde durchzuführen, die in der Regel einen Biberberater/in oder Bibermanager/in beteiligt. Mit dem Wegfang der Tiere darf – abgesehen von Eilfällen – erst begonnen werden, wenn die Schießerlaubnis erteilt worden ist.*
- b) Der Lebendfang der Tiere darf nur mit dafür geeigneten Fallen durchgeführt werden, die eine Unversehrtheit der Tiere beim Fang gewährleisten. Es dürfen nur Fallen verwendet werden, die von der unteren Naturschutzbehörde ausgegeben bzw. überprüft wurden.
- c) In Wintermonaten mit lang anhaltenden tiefen Temperaturen von deutlich unter null Grad ist der Fallenfang nur dann zulässig, wenn eine mehrmalige tägliche Kontrolle der Fallen sowie der kurzfristige Abtransport der gefangenen Tiere gesichert sind.
- d) Der/Die Antragstellerin(in) hat *den Wegfang der Biber/die Tötung der Biber* von fachkundigen und berechtigten Personen durchführen zu lassen. Der fachkundige Jagdscheininhaber gilt auf der Grundlage dieser Ausnahme als berechtigte Person.
- e) Der/Die Antragsteller(in) hat für das ordnungsgemäße Betreiben und Beaufsichtigen der Fallen sowie die Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht zu sorgen. Aufgestellte Fallen sind mindestens einmal täglich zu kontrollieren, und zwar morgens spätestens eine Stunde nach Sonnenaufgang.

- f) *Soweit bejagbare Flächen von der Tötungsaktion betroffen sind, ist der Revierinhaber vorher zu informieren.*
- g) Besteht eine Abgabemöglichkeit der Biber zur Durchführung von Ansiedlungsprojekten, so hat der/die Antragsteller(in) die gefangenen Tiere an den Träger des Ansiedlungsprojekts abzugeben. Er/Sie hat eine Hälterungsmöglichkeit für die Tiere bereitzuhalten.
- h) Der Kreisverwaltungsbehörde als untere Naturschutzbehörde sind unverzüglich die Angaben gemäß dem Meldebogen für Zugriffsmaßnahmen zu machen.
3. Die Kosten des Verfahrens hat der/die Antragsteller(in) zu tragen.
4. *Verwaltungskosten werden nicht erhoben./Für diesen Bescheid wird festgesetzt.*

Gründe:**I.**

Der Entscheidung liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

(...)

II.

1. Die Kreisverwaltungsbehörde als untere Naturschutzbehörde ... ist gemäß § 8 Abs. 6 Satz 1 i.V.m § 8 Abs. 2 Nr. 1 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Naturschutzgesetzes (AVBayNatSchG) sachlich und nach Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) örtlich für die Erteilung der Genehmigung zuständig.
2. Der Biber (*Castor fiber*) ist gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 Buchst. b Doppelbuchst. aa und Nr. 14 Buchst. b des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) in Verbindung mit Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-Richtlinie) besonders und streng geschützt. Nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist es verboten, wild lebende Tiere der besonders und streng geschützten Arten zu fangen, zu verletzen oder zu töten.

Von diesem Verbot kann nach § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG unter anderem dann eine Ausnahme zugelassen werden, wenn dies zur Abwendung ernster land-, forst-,

fischerei-, wasser- oder sonstiger ernster wirtschaftlicher Schäden erforderlich ist und die Voraussetzungen des § 45 Abs. 7 Sätze 2 und 3 BNatSchG gewahrt sind (näher ausführen).

Die Voraussetzungen des § 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 und Sätze 2 und 3 BNatSchG für eine Ausnahme vom Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG liegen vor.

(...)

(Sofern diese Voraussetzungen nicht vorliegen:)

Von diesem Verbot kann gemäß § 67 Abs. 2 BNatSchG eine Befreiung gewährt werden, wenn die Durchführung des § 44 BNatSchG im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde (näher ausführen).

Die Voraussetzungen des § 67 Abs. 2 BNatSchG für eine Befreiung vom Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG liegen vor.

(...)

Die Anordnung der Nebenbestimmungen stützt sich auf Art. 36 Abs. 2 BayVwVfG und § 67 Abs. 3 BNatSchG.

III.

Die Kostenentscheidung beruht auf

Hinweise:

1. Der Besitz von Bibern (lebende und tote Tiere, ohne Weiteres erkennbare Teile sowie ohne Weiteres erkennbar aus Bibern gewonnene Erzeugnisse, § 7 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG) ist gemäß § 44 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG grundsätzlich verboten. Biber dürfen jedoch von der zur Tötung berechtigten Person ohne weitere Ausnahmegenehmigung in Besitz genommen werden. Dies schließt den Verzehr sowie die Verarbeitung des Tieres oder Teile davon (z. B. Präparation, Verwendung des Fells oder der Zähne etc.) ein, wenn dies nicht zu Vermarktungszwecken erfolgt.
2. Die Vermarktung von Bibern (lebende und tote Tiere, ohne Weiteres erkennbare Teile sowie ohne Weiteres erkennbar aus Bibern gewonnene Erzeugnisse, § 7 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG) ist gemäß § 44 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG verboten. Unter das Vermarktungsverbot fallen das Verkaufen, das Kaufen, das Anbieten zum Verkauf oder

Kauf, das Vorrätighalten oder Befördern zum Verkauf sowie der Erwerb, das Zurschaustellen oder die sonstige Verwendung zu kommerziellen Zwecken (§ 44 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a und b BNatSchG). Eine Vermarktungsgenehmigung ist allenfalls denkbar zur Verwendung der Tiere für Zwecke der Forschung oder Lehre. Keine Vermarktung ist dagegen das Verschenken von Tieren.

Wird das getötete Tier weder für Lehr- und Forschungszwecke noch für private Zwecke verwendet, so ist es entweder an den Bibermanager abzugeben, auf eigene Kosten in einer Tierkörperbeseitigungsanstalt oder im Einklang mit den rechtlichen Vorgaben anderweitig zu entsorgen.

3. Für die Tötung des Bibers sind ein Waffenschein nach § 10 Abs. 4 des Waffengesetzes (WaffG) sowie eine waffenrechtliche Schießeraubnis nach § 10 Abs. 5 WaffG erforderlich. Für Jäger greift aufgrund dieser Ausnahme jedoch § 13 Abs. 6 Satz 2 WaffG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

(...)

Mit freundlichen Grüßen

II. Abdruck an

1. Die zuständige Bibermanagerin bzw. den zuständigen Bibermanager

mit der Bitte um Kenntnisnahme und um Mitteilung über den Verbleib der Tiere, sofern diese dem Bibermanager bzw. der Bibermanagerin überlassen wurden.

2. Bayerisches Landesamt für Umwelt
Bürgermeister-Ulrich-Str. 160
86179 Augsburg

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Anlage 6**zu den Richtlinien zum Bibermanagement, Stand: 25.11.2020****Musterbescheid für den Ausgleich von Biberschäden**

Hinweis: Kursiv gedruckte Felder sind in den Bescheid aufzunehmen, wenn sie auf den Schadensfall zutreffen bzw. sind alternativ anzuwenden

Adressat

**Artenschutzrecht;
Ausgleich von Biberschäden**

Zum Antrag vom

...

Nach Überprüfung der Sach- und Rechtslage erlässt die Kreisverwaltungsbehörde als untere Naturschutzbehörde folgenden

Bescheid:

A. Der in der Anschrift genannte Geschädigte hat einen Biberschaden in Höhe von Euro gemeldet. Von dieser Summe wurden Euro anerkannt.

Der Geschädigte erhält daher einen Schadensausgleich in Höhe von
.... Euro

(in Worten:.... Euro).

Dies entspricht einer Ausgleichsquote von .. %.

EVTL.: Zusätzlich bei Teilablehnung: Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

Oder alternativ: Der Geschädigte erhält keinen Ausgleich.

B. Der Ausgleich wird aufgrund der Richtlinien zum Bibermanagement und nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen **gewährt *oder alternativ:* abgelehnt.**

Es folgt die Darlegung der Gründe für die Anerkennung bzw. Teil-Ablehnung des Antrags. Bei vollständiger Ablehnung des Antrags entfallen nachstehende Nrn.1 bis 3.

1. Auflagen, Bedingungen und Hinweise:

EVTL: Die von der Bayerischen Staatsregierung zur Verfügung gestellten Mittel

reichen für die Begleichung aller Schäden nicht aus. Deshalb können die einzelnen Schadensfälle nur anteilig ausgeglichen werden. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz hat eine Ausgleichsquote in Höhe von XX % festgesetzt.

Dieser Bescheid lässt zwingende gesetzliche Bestimmungen und behördliche Anordnungen unberührt und befreit insbesondere nicht von den Erfordernissen behördlicher oder sonstiger Erlaubnisse.

Ist der Ausgleich (teilweise) zu Unrecht gewährt worden, so kann dieser Bescheid nach Art. 48/49 BayVwVfG aufgehoben werden. Bereits erbrachte Leistungen sind nach Art. 49a BayVwVfG zu erstatten.

EVTL: *Die Schäden sind so kostengünstig wie möglich zu beheben.*

Die Schadensbeseitigung war durch den Geschädigten selbst möglich und zumutbar. Deshalb waren bei der Schadensberechnung pauschal die Verrechnungssätze des Kuratoriums Bayerischer Maschinen- und Betriebshilfsringe e. V. (KBM e. V.) heranzuziehen.

EVTL: *Bei der Ermittlung der Schadenshöhe wurde der Leitfaden „Biberschäden – Forstwirtschaftliche Schäden bewerten“, der von der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft herausgegeben wird, verwendet.*

EVTL: *Bei der Bewertung der Schäden an landwirtschaftlichen Feldfrüchten wurde auf die aktuell gültigen Schätzungsrichtlinien des Bayerischen Bauernverbands zurückgegriffen.*

2. Nachweis der Verwendung und Prüfung durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof:

Ein Nachweis der Verwendung ist nicht zu führen.

Auf das Prüfungsrecht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs analog Artikel 91 Bayerische Haushaltsordnung (BayHO) wird hingewiesen.

3. Verfahrenskosten

Kosten werden nicht erhoben.

4. Rechtsbehelfsbelehrung

Mit freundlichen Grüßen

Impressum**Herausgeber:**

Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Postanschrift: Postfach 220011, 80535 München

Telefon: +49 (0)89 2165-0, E-Mail: direkt@bayern.de

Technische Umsetzung:

Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:

Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech

Telefon: +49 (0)8191 126-725, Telefax: +49 (0)8191 126-855, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

ISSN 2627-3411**Erscheinungshinweis / Bezugsbedingungen:**

Das Bayerische Ministerialblatt (BayMBl.) erscheint nach Bedarf, regelmäßiger Tag der Veröffentlichung ist Mittwoch. Es wird im Internet auf der Verkündungsplattform Bayern www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die Verkündungsplattform Bayern ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der Verkündungsplattform Bayern entnommen werden.